

Volksinitiative für Lernmittelfreiheit und freie Schülerbeförderung gegründet

Ziel: Mindestens 70 000 Unterschriften



Ulf Bröcker, Sprecher der Volksinitiative für Lernmittelfreiheit und freie Schülerbeförderung, Elternvertreter im Stadtelternrat und im Schulausschuss der Stadt Oldenburg (Oldb).

VON ULF BRÖCKER

Vor den Kreis- und Stadtelternräten sprach Kultusminister Busemann von den leeren Kassen. Wie immer, wenn man die Bürger/innen auf Rosskuren einschwört, wurde über die Ursachen und die Gewinner der „schärfsten Krise“ der öffentlichen Finanzen kein Wort verloren. Auch auf die Abschaffung der Lernmittelfreiheit wollte Busemann nicht zu sprechen kommen. Für viele Eltern stellte sich nach dem Treffen die Frage, ob ein Schweigen und Stillhalten nicht geradezu einer förmlichen Einladung zu immer neuen öffentlichen Einsparungen im Bildungswesen gleichkäme, im nächsten Schritt z.B. bei der kostenlosen Schülerbeförderung. Die Konsequenz: die Gründung einer Volksinitiative für Lernmittelfreiheit und freie Schülerbeförderung.

Zulassung durch den Landeswahlleiter

Die Volksinitiative für Lernmittelfreiheit und freie Schülerbeförderung wurde in einem Internet-Forum aller niedersächsischer Kreis- und Stadtelternräte vorgestellt und diskutiert. Mittlerweile hat sich knapp die Hälfte dieser Elternräte hinter die Volksinitiative gestellt. Weitere Kreis- und Stadtelternräte werden auf ihren nächsten regulären Sitzungen vor und nach den Ferien entscheiden. Kurz nach der Zulassung der Volksinitiative am 2. Juni durch den Landeswahlleiter und nach der Berichterstattung in den örtlichen Tageszeitungen meldeten sich Eltern aus dem ganzen Land, um Unterschriftenbögen anzufordern und ihre Unterstützung der Volksinitiative zuzusichern. Auch Kollegien ganzer Schulen haben sich bereits mit ihrer Unterschrift für die Volksinitiative stark gemacht.

Niedersächsische Volksinitiative für Lernmittelfreiheit und freie Schülerbeförderung, Web-Seite: www.ol.ni.schule.de/stadtelternrat-OL/volksini, E-Mail: Volksini.Lernmitte@gmx.de
Postadresse: Volksinitiative für Lernmittelfreiheit und freie Schülerbeförderung, Postfach 4926, 26039 Oldenburg, Telefon (01 75) 2 17 33 92

Die Volksinitiative hat ein Jahr Zeit, mindestens 70 000 Unterschriften zu sammeln. Jede wahlberechtigte Bürgerin und jeder wahlberechtigte Bürger kann den Unterschriftenbogen unterzeichnen. Nach dem niedersächsischen Volksabstimmungsgesetz werden Vertreter/innen der Volksinitiative in öffentlicher Sitzung vor dem zuständigen Ausschuss des Landtages angehört. Danach fasst der Landtag zum Gegenstand der Volksinitiative einen Beschluss. Je mehr Unterschriften zusammen kommen, desto größer wird der politische Druck.

Es scheint, als ob die Volksinitiative für Lernmittelfreiheit und freie Schülerbeförderung auf einen bildungspolitischen Unmut im Lande trifft, der sich jenseits von Parteipolitik gegen ein Kaputtsparen im Schulwesen wendet. Ein Unmut übrigens, der sich nicht durch einfühlsame Worte des Kultusministers (Ende April im Landtag) besänftigen lassen wird:

„Erst kürzlich wurde ich mit der Situation einer Familie im Großraum Hannover konfrontiert, die vier Töchter hat, von denen die ersten drei am Gymnasium beschult werden und die jüngste die Klasse 4 an der Grundschule besucht. Die Eltern haben einmal ermittelt, was sie im kommenden Sommer für ihre vier Schulkinder ausgeben müssten, wenn sie das, was bisher unter die Lernmittelfreiheit gefallen ist, kaufen müssten. Da kommen 800

Euro zusammen. Mein lieber Mann! Das ist für viele Familien viel Geld.“

Was Busemann nicht weiter rechnet: Ginge man von den Zahlen aus, die die Familie aus dem Großraum Hannover ermittelt hat, käme sie immerhin auf 256 Euro Schulbuchmiete pro Schuljahr (inklusive Ermäßigung für Familien mit drei oder mehr schulpflichtigen Kindern). Die Familie wird nicht 800 Euro sparen, sondern 256 Euro draufzahlen.

Merkwürdig ist, dass sich der Kultusminister vor dem Landtag auf die Ermittlung der Familie aus dem Großraum Hannover beruft, statt eigene Berechnungen anzuführen, die die durchschnittlichen Gesamtkosten der Eltern für Schulbücher, Arbeitshefte, Atlanten, Lektüre, Taschenrechner, Kopierkosten etc. nach Jahrgängen und Schulformen auflisten.

Die Volksinitiative wendet sich gegen die zunehmende Privatisierung von Bildungskosten, da diese Kostenverlagerung sozial- und familienpolitisch ungerecht ist. Eltern mit geringerem Einkommen zahlen einen größeren Anteil ihres Einkommens für die Bildung ihrer Kinder als Eltern mit höherem Einkommen. Bürgerinnen und Bürger ohne Kinder sind von der zunehmenden Privatisierung von Bildungskosten in den Grund- und weiterführenden Schulen gar nicht betroffen. Die Volksinitiative fordert daher die sofortige Wiedereinführung der Lernmittelfreiheit und die Beibehaltung der freien Schülerbeförderung.

Antrag und Begründung der Volksinitiative für Lernmittelfreiheit und freie Schülerbeförderung:

„Die Unterzeichnerinnen und Unterzeichner dieser Volksinitiative stellen folgenden Antrag:

- Der niedersächsische Landtag möge ein Gesetz beschließen, mit dem die zum Ende des Schuljahres 2003/2004 abgeschaffte Lernmittelfreiheit wieder eingeführt wird.
- Im Übrigen möge der Landtag durch die Schaffung oder Beibehaltung gesetzlicher Regelungen sicherstellen, dass die Mittel für die Schülerbeförderung auch zukünftig nicht zu Lasten der Eltern gekürzt werden.

Begründung: Die zunehmende Privatisierung von Bildungskosten ist sozial- und familienpolitisch ungerecht. Eltern mit geringerem Einkommen zahlen einen größeren Anteil ihres Einkommens für die Bildung ihrer Kinder als Eltern mit höherem Einkommen. Bürgerinnen und Bürger ohne Kinder sind von der zunehmenden Privatisierung von Bildungskosten in den Grund- und weiterführenden Schulen nicht betroffen.

Schon vor der Abschaffung der Lernmittelfreiheit trugen die Eltern finanziell beträchtlich zu den Bildungskosten bei. Die ohnehin nur auf die reinen Schulbücher beschränkte Lernmittelfreiheit musste von den Eltern noch ergänzt werden durch die Anschaffung von Arbeitsheften, Mal- und Schreibzubehör, Taschenrechnern, Lektüre, Atlanten sowie Beiträgen zu Kopierkosten, Ausflügen, Schulsport, musisch-kulturellen Schulveranstaltungen, Arbeitsgemeinschaften, Nachhilfe etc. Hinzu kommen meist regelmäßige freiwillige Spenden, z.B. für die Schulfördervereine. Die Eltern übernehmen nicht nur zunehmend Kosten im Rahmen des Schulbesuches ihrer Kinder, sondern fangen auch durch ehrenamtliches Engagement Einsparungen des Landes und der Kommunen in den Schulen auf (z.B. Klassenraumrenovierungen, Schulhofgestaltungen, Schulbüchereien, Betreuung). Eine weitere Privatisierung von Bildungskosten – wie die zum Ende des Schuljahres 2003/2004 abgeschaffte Lernmittelfreiheit und die drohenden Kürzungen bei der Beförderung von Schülerinnen und Schülern – belastet Eltern und Kinder in unzumutbarer Weise.

Negative Auswirkungen auf die Bildungsbeteiligung sind zu erwarten. Weitere Einsparung im Schulwesen entmutigen die Schüler/innen, Lehrer/innen und Eltern und tragen nicht zu besseren Bildungsergebnissen bei.“